



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Jamaika

2019

Die Anzahl rechtswidriger Tötungen durch die Polizei blieb weiterhin hoch, trotz der verbesserten Untersuchungen und Verfolgungen dieser Fälle.

In verschiedenen Gemeinden wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Nichtregierungsorganisation Jamaicans for Justice (JfJ) erhielt im ganzen Jahr Berichte über willkürliche Inhaftierungen, körperliche Misshandlungen und unmenschliche Haftbedingungen.

Polizei und Sicherheitskräfte

Tötungen, die in einigen Fällen außergerichtlichen Hinrichtungen gleichkamen, und andere Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei bleiben ein ernstes Problem. Während die Anzahl der Tötungen durch Polizeikräfte in den Jahren zuvor abgenommen hatte, wurden im Jahr 2019 laut der unabhängigen Polizeiaufsichtsbehörde INDECOM (Independent Commission of Investigations) 86 Menschen durch Polizeikräfte getötet und 83 Menschen verletzt.

Die INDECOM setzte sich weiterhin mit Hilfe von Untersuchungen und Strafverfolgungen gegen die Straffreiheit bei solchen Tötungen ein. Ab Oktober 2019 stand 49 Polizeibeamten und Beamtinnen ein Prozess wegen Mordes bzw. Totschlags bevor, und ab April 2019 wurden laut INDECOM 21 Verurteilungen gegen Polizeikräfte bewirkt, davon drei wegen Mordes und drei wegen Totschlags.

Im März gab es eine positive Entwicklung, als der Privy Council, das höchste Berufungsgericht in Jamaika, zu Gunsten der JfJ entschied, die die Entscheidung der Police Service Commission (PSC) angefochten hatte, einen Polizeibeamten zu befördern, der angeblich in Dutzende von rechtswidrigen Tötungen verwickelt war.

Das Gericht war überzeugt davon, dass die PSC die Pflicht hat, bei vermuteten Menschenrechtsverletzungen, in die Polizeikräfte involviert sind, Untersuchungen durchzuführen. Dieses gelte besonders bei rechtswidrigen Tötungen und für den Fall, dass Polizeikräfte befördert werden sollen.
(www.amnesty.org/en/countries/americas/jamaica/report-jamaica/)

Matthew Lee

Stellvertretend für die vielen Fälle von rechtswidrigen Tötungen steht der Fall von Matthew Lee. Er wurde im Januar 2013 von der Polizei getötet, nachdem er eine Polizeistation verlassen hatte, wo einer seiner Begleiter einen Antrag auf Kautions gestellt hatte. Amnesty International dokumentierte diesen Fall im Jahr 2016. Die Familie von Matthew Lee kämpfte jahrelang um die Aufklärung der Tötung und darum, dass die Täter/innen zur Verantwortung gezogen werden.

Im August 2019, nach einer über sechsjährigen Untersuchung der Tötung von Matthew Lee, präsentierte die INDECOM die Anklage gegen sechs Mitglieder der Jamaica Constabulary Force. Dieses ist ein wichtiger Schritt auf der Suche nach der Wahrheit, zur Gerechtigkeit und zur Wiedergutmachung für viele Familien, die auf Aufklärung und Gerechtigkeit für die Fälle ihrer Angehörigen warten.

Erika Guevara Rosas, Amnestys Direktorin für die Region Amerikas, begrüßte die langjährigen und entschiedenen Bemühungen der INDECOM, die Tötung von Matthew Lee zu untersuchen. Sie sagte, dass es nun in den Händen des jamaikanischen Justizsystems liegt, effektiv zu handeln. Gleichzeitig sagte sie, dass das würdevolle Streben der Familie des Opfers nach Gerechtigkeit ein Beispiel dafür ist, wie eine Kultur der Angst, die es der Polizei jahrzehntlang ermöglicht hat, bei rechtswidrigen Tötungen ungestraft davonzukommen, durchbrochen werden kann. (www.amnesty.org/en/latest/news/2019/08/jamaica-six-police-officers-charged-over-killing-matthew-lee/)